



ABF Schweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

ABF Schweiz lanciert nationale Kampagne gegen eine automatische und «stille» Übernahme der geänderten IGV der WHO

14. April 2025 - Medienmitteilung von ABF Schweiz: Unter dem Titel «NEIN zum Verlust der medizinischen Souveränität» lanciert das Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz) heute eine nationale Informationskampagne (1) in drei Landessprachen zur Aufklärung über die Folgen der geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Die WHO will mit den überarbeiteten IGV mehr Einfluss auf nationale Gesundheitsmassnahmen erhalten – bis hin zu verpflichtenden Vorgaben wie Lockdowns oder digitalen Zertifikaten. **«Was als technische Revision dargestellt wird, bedeutet in Wahrheit einen tiefen Eingriff in die demokratische Selbstbestimmung der Schweiz»**, warnt ABF Schweiz.

Besonders brisant: **Wenn der Bundesrat bis zum 19. Juli 2025 nicht ausdrücklich widerspricht, gelten die neuen Regeln ab 19. September automatisch und sind nicht mehr kündbar.** Eine Volksabstimmung ist nicht vorgesehen. Mittels des sich aktuell ebenfalls in Revision befindenden Schweizer Epidemiengesetzes (EpG) ist vorgesehen, die geänderten IGV in Schweizer Recht umzusetzen.

Wenn der Bundesrat sagt: «Die Schweiz bleibe souverän», entspricht dies nicht den juristischen Tatsachen, denn: «Es gibt keinen Artikel in den IGV, der die vollständige Unabhängigkeit garantiert.» (2)

Die breit angelegte Kampagne von ABF Schweiz setzt auf Information, zeigt Widersprüchlichkeiten in den Aussagen des Bundesrates auf (juristischer Faktencheck), möchte mobilisieren und öffentlichen Druck aufbauen. Im Zentrum stehen eine Online-Petition, die bis zum 1. Juni unterzeichnet werden kann, personalisierte Schreiben an politische Entscheidungsträger sowie eine schweizweite Flyerverteilung – alles mit dem Ziel,

die Bevölkerung zu informieren und den Bundesrat zum Widerspruch zu bewegen.

«Ein solch einschneidender Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik darf nicht in Hinterzimmern und stillschweigend beschlossen werden. Es braucht Transparenz, Mitsprache und rechtzeitige Aufklärung!»

ABF Schweiz fordert vom Bundesrat das Opting-out IGV. Dies würde bedeuten, dass er **seiner Verantwortung gerecht wird und einen wahrhaftigen demokratischen Prozess ermöglicht.** Dazu gehört breite und transparente Information – auch über kritische Punkte.

Zum Schluss wendet sich ABF Schweiz mit folgenden mahnenden Worte an die nationalen Politiker und die Medienschaffenden, die den **«stillen Systemwechsel in der Schweizer Gesundheitspolitik»**, entgegen aller demokratischer Prinzipien unterstützen: **«Wer nichts tut, stimmt zu. Aber Zustimmung ohne Aufklärung ist Manipulation. Unwissen schützt nicht vor der Verantwortung gegenüber dem Souverän.»** (3)

Links

- 1) <https://opting-out-igv.ch/>
- 2) <https://abfschweiz.ch/wp-content/uploads/Faktencheck-mittel-Fragen-1-bis-9.pdf>
- 3) <https://youtube.com/shorts/Dco-bPyyaH8?si=uFvSlwZzvBjRD-qM>